

Eine Analyse

Gut ist nicht gut genug

Am Mittwoch ist Weltfrauentag. Ein guter Zeitpunkt auf den Kanton Graubünden und seine Gleichstellungspolitik zu schauen.

von Pierina Hassler

Es klingt so wahnsinnig einfach: Frau und Mann sind gleichberechtigt. Seit 1981 ist dieser Grundsatz in der Verfassung verankert. 1996 trat dann das Gleichstellungsgesetz in Kraft; es konkretisiert den Verfassungsauftrag für das Erwerbsleben, verbietet direkte wie indirekte Diskriminierungen in allen Arbeitsverhältnissen und stellt die Chancengleichheit sicher. Also alles gut? Vieles ist im Laufe der Jahre besser geworden, aber «gut» ist nicht gut genug.

Doch beginnen wir trotzdem mit dem Guten: Der Grosse Rat hat im Dezember des vergangenen Jahres entschieden, dass Gemeinden und Kanton tiefer in die Taschen greifen sollen, um Familien eine günstigere Kinderbetreuung in Kindertagesstätten (Kita) zu ermöglichen. Je nach Einkommen der Eltern beteiligt sich die öffentliche Hand mit zwischen 25 Prozent und 95 Prozent an den Kita-Kosten. Dies hat den Vorteil, dass sich Familie und Beruf besser vereinbaren lassen. Und die Chancengleichheit steigt, weil diese Unterstützung insbesondere Müttern erlaubt, stärker am Arbeitsmarkt teilzunehmen. Sie erzielen höhere Löhne und verbessern ihre Karrierechancen.

Gut ist auch der Aktionsplan Gleichstellung «Equal 21». Die Bündner Regierung gab im Dezember 2020 grünes



50 Prozent Frauen: Das Frauenstreikkollektiv Graubünden forderte am Internationalen Tag der Frau 2022 das Stimmvolk dazu auf, mehr Frauen in die Politik zu wählen.

Bild Olivia Aebli-Item

Licht für ein vierjähriges Projekt, bei dem es darum geht, die Gleichstellung von Mann und Frau bei der kantonalen Verwaltung zu fördern. «Equal 21» setzt bei der Lohngleichheit und der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben an. Und der Aktionsplan Gleichstellung ist auch nötig. Denn vor gut einem Jahr teilte die Bündner Stabsstelle für Chancengleichheit anlässlich der Präsentation der Gleichstellungsanalyse mit, dass die Bündner Verwaltung für Mütter wesentlich unattraktiver sei als für Väter. Bis zum Alter von 30 Jahren liegt der Frauenanteil weit über 50 Prozent. Aber schon bei den 31- bis 35-Jährigen, wenn der Nachwuchs Thema wird, sinkt der Frauenanteil deutlich unter 50 Prozent. Als Folge liegt der Anteil der Frauen in der Bündner Verwaltung über alle Alterskategorien gesehen bei nur gerade 36 Prozent. Die Kantonsverwaltung ist damit laut der Stabsstelle für Chancengleichheit deutlich von einer paritätischen Geschlechtervertretung im Per-

sonal entfernt. Bei Bund, verschiedenen anderen Kantonen und Gemeinden arbeiten durchschnittlich fast gleich viele Frauen (49 Prozent) wie Männer.

Bei den Wahlen im Mai 2022 sicherten sich Frauen ein Drittel der Sitze im Grosse Rat. Barbara Rimml vom Frauenstreikkollektiv sagte damals: «40 Frauen wurden gewählt, das sind 54 Prozent mehr als 2018.» Sie würde sich über das Resultat freuen, ein grosser Schritt Richtung 50:50 sei getan. Dennoch, Frauen sind in der Politik nach wie vor untervertreten. Dies gilt vor allem für die kommunalen Behörden. So sind von 101 Gemeindepräsidenten gerade einmal 14 von Frauen besetzt, in den Gemeindevorständen beträgt der Frauenanteil 21 Prozent, in den Geschäftsprüfungskommissionen 31 Prozent. Zu diesen Erkenntnissen kommt eine Erhebung des Amtes für Gemeinden, die noch alt Regierungsrat Christian Rathgeb in Auftrag gegeben hatte.

Graubünden funktioniert in Sachen Gleichberechtigung selbstverständlich nicht autonom. Lohnungleichheit, respektive Lohnungleichheit ist kein Bündner Problem. Das Patriarchat, das oft mit «Whataboutism» – auf eine Anschuldigung oder eine schwierige Frage mit einer Gegenfrage zu antworten oder ein anderes Thema aufzugreifen – im Gleichklang funktioniert, ist in diesem Kanton nicht stärker vertreten als in anderen. Sexuelle Übergriffe am Arbeitsplatz werden immer noch als Randerscheinung betrachtet. Der Satz von Vorgesetzten zu Betroffenen «Du musst halt sagen, wenn dir etwas nicht passt» fällt noch viel zu oft. Und ist weder in Graubünden noch in Genf hilfreich.

Schlechter statt besser

Gleichstellungspolitische Anliegen haben es hier und dort immer noch gleich schwer wie vor Jahren. Dies zeigt vor allem der Blick auf die ökonomische Ungleichheit – auch sie findet nicht nur in Graubünden statt: Nach der Erhöhung des Frauenrentenalters im letzten September versprochen die Bürgerlichen, die finanzielle Situation von Rentnerinnen über die zweite Säule zu verbessern. Aber die bürgerliche Mehrheit im Bundesparlament einigte sich letzte Woche auf eine Variante der Reform, die den Frauen weit weniger bringt als der Kompromiss, den Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften vorgelegt hatten und der vom Bundesrat als eigene Vorlage ins Parlament gebracht wurde. Statt die Rentensituation der Gering- und Normalverdienenden zu verbessern, verschlechtert sie die Vorlage des Parlaments massiv. Gerade für Wenigverdienende. Darunter sind Frauen überproportional vertreten.

Gleichstellung und Chancengleichheit – es gibt Gesetze dafür. Tatsächlich ist einiges besser geworden. Aber bei näherem Hinschauen kann noch niemand zufrieden sein. Weder in Graubünden noch in der restlichen Schweiz.

Anlässe am 8. März

Die Frauenzentrale Graubünden bietet ein Mittag- und ein Abendprogramm an: Um 12 Uhr findet in der Churer Stadtbibliothek eine **Podiumsdiskussion** zum Thema **Gleichstellung 2.0 – neue Gesichter im**

Grossen Rat – statt. Der Eintritt ist frei. Um 18 Uhr startet das Programm im Kino Apollo mit einem Welcome Drink. Um 18.30 Uhr zeigt die Filmemacherin **Susanne Fanzun** ihren neuen Film «**Giacometti**». An-

schliessend lädt sie zum Filmgespräch, das von Melanie Salis moderiert wird. **Danach geht der Abend mit einem internationalen Fingerfood-Buffer zu Ende.** Der Abendanlass kostet 30 Franken (hap)

GKB-Anlagefokus mit Wall-Street-Experte Jens G. Korte

Elektromobilität: Risiken trotz Rekordverkäufen

mit Jens G. Korte sprach Daniel Lüchinger*

Die Anlageexperten der Graubündner Kantonalbank informieren im GKB-Anlagefokus wöchentlich über das aktuelle Finanzgeschehen. Gemeinsam mit Jens Korte werfen wir in dieser Ausgabe einen Blick auf die Wall Street.

Jens Korte in New York, die Nachfrage nach Elektroautos ist ungebrochen hoch; Tesla-Chef Elon Musk sagte an der letzten Analystenkonferenz, er wolle noch in der laufenden Dekade über 20 Millionen Fahrzeuge pro Jahr verkaufen. Ist dieses Ziel realistisch?

JENS G. KORTE: Mit der aktuellen Infrastruktur wird das nicht möglich sein. Tesla hat Werke in den USA, in Deutschland und in China und baut derzeit eine neue Produktionsanlage in Mexiko. Dort werden allerdings erst in ein, zwei Jahren Fahrzeuge vom Stapel laufen. Um das Ziel von 20 Millionen Elektroautos pro Jahr erreichen zu können, müssten noch weitere Werke hinzukommen. Genau das plant Musk – er sagte unlängst,

er wolle in den nächsten Jahren 150 Milliarden US-Dollar investieren. Doch auch wenn Tesla die Kapazitäten derart hochfahren kann, ist noch nicht sicher, dass die Nachfrage mit diesem Tempo Schritt hält. Zum Vergleich: Toyota ist der grösste Autobauer der Welt mit einer Produktionsleistung von zehn Millionen Fahrzeugen pro Jahr.

Und wie zeigt sich die Geschäftsentwicklung bei der Konkurrenz von Tesla?

Es ist nicht einfach, mit dem Bau von Elektroautos Geld zu verdienen. Elon Musk selbst hat das immer wieder betont, aber auch aktuelle Geschäftszahlen von kleineren Produzenten wie Lordstown Motors, Rivian oder NIO zeigen das. Diese drei Unternehmen haben ihre Produktionsziele jüngst gedrosselt. Dies hängt auch mit den Schwierigkeiten bei den Lieferketten zusammen, denn Batterien in grosser Stückzahl und Kapazität sind noch immer rar am Markt. Auch Sono Motors, ein deutscher börsennotierter Kraftfahrzeughersteller, hat jüngst die ersten Tests mit einem Personen-

wagen auf Eis gelegt. Diese Beispiele zeigen, wie schwierig dieses Geschäft ist, und das gilt auch für die Geldgeber; die Investitionen sind hoch und der Erfolg keineswegs sicher.

Wenn wir auf den Automarkt insgesamt blicken – was erwarten die Analysten an der Wall Street

von dieser Branche im aktuellen Jahr?

Die Autobranche zeigt sich in Licht und Schatten. Zuletzt haben wir starke Zahlen von Volkswagen gesehen, aber auch Ford hat im Februar die Verkaufszahlen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 20 Prozent steigern können. Aber es gibt auch

Probleme, denn vor allem hier in den USA kaufen die Konsumentinnen und Konsumenten Neu- und Gebrauchtwagen zu einem grossen Teil auf Kredit. Nun steigen die Zinsen mit Sicherheit noch an, was die Finanzierung mit einem Leasing teurer macht und die Nachfrage tendenziell drosselt.

Sie haben die Zinsen angesprochen. Der nächste Zinsentscheid der US-Notenbank steht am 22. März an. Was sagen die Wetten, wie hoch wird der Zinsschritt ausfallen?

Es werden wohl 25 oder 50 Basispunkte sein, beides scheint derzeit möglich. Ein wichtiger Faktor ist die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Wenn die Arbeitslosenquote tief geblieben, könnte es durchaus sein, dass die US-Notenbank einen Zinsschritt von mehr als 50 Basispunkten anvisiert.

* Daniel Lüchinger ist Chief Investment Officer (CIO) und Leiter Investment Solutions bei der GKB. gkb.ch/investieren.

Eine Kooperation mit der Graubündner Kantonalbank



Blick auf die Wall Street: Jens G. Korte im Gespräch mit Daniel Lüchinger von der GKB.

ANZEIGE